

# Fokus Niedersachsen

Unser Blickpunkt auf die Wirtschaft



## Going International 2023

Zu viele Hemmnisse weltweit

März 2023



# Wer wir sind

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der sieben niedersächsischen Industrie- und Handelskammern:

- IHK Braunschweig
- IHK Hannover
- IHK Lüneburg-Wolfsburg
- Oldenburgische IHK
- IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim
- IHK für Ostfriesland und Papenburg
- IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum

Sie vertritt rund 500.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

## Zu viele Hemmnisse weltweit

Deutliche Veränderungen im niedersächsischen Außenhandel



### März 2023 | Going International

Drei Jahre Pandemie und ein Jahr Ukrainekrieg hinterlassen deutliche Spuren im niedersächsischen Außenhandel: die IHK-Umfrage „Going International“ und die aktuellen Außenhandelsstatistiken zeigen maßgebliche Veränderungen in einem weltweit schwierigen Umfeld. Die Bedeutung mancher Handelspartner verändert sich rasant, Handelshemmnisse nehmen zu, strategische Ausrichtungen werden geändert.



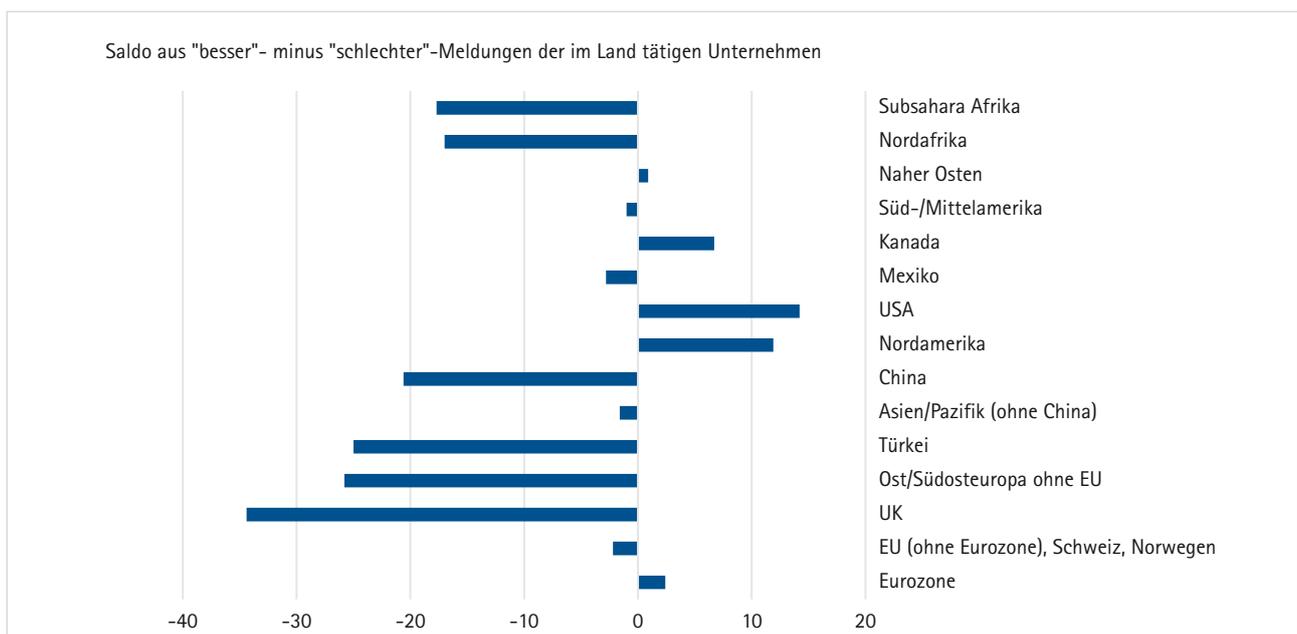
## Aktuelle Lage und Perspektiven nach Regionen

Die Geschäftsaussichten für 2023 werden von den Unternehmen je nach Region recht unterschiedlich eingeschätzt. Viel positive Geschäftsdynamik ist insgesamt nicht zu entdecken, in etlichen Regionen wird vielmehr eine deutliche Verschlechterung erwartet. Immerhin Stabilität verspricht die Eurozone: Hier ist die Situation derzeit für fast 90 Prozent der Unternehmen gut oder befriedigend – und 59 Prozent der Unternehmen rechnen auch für die nähere Zukunft mit einem gleichbleibenden, 21 Prozent sogar mit noch besserem Geschäftsverlauf, 18 Prozent mit einer Verschlechterung.

Für Ost/Südosteuropa (ohne EU) erwarten nur 9 Prozent bessere Geschäfte, wohingegen 35 Prozent eine negative Entwicklung voraussehen. Asien/Pazifik (ohne China) präsentiert sich recht stabil: 72 Prozent der dort tätigen Unternehmen sind aktuell mit ihrer Lage zufrieden; eine Verbesserung wird von genauso vielen Unternehmen erwartet wie eine negative Entwicklung, zwei Drittel der Unternehmen gehen von gleichbleibenden Geschäften aus. Ganz anders sieht es in China aus: die aktuelle Lage ordnen 52 Prozent der betroffenen Unternehmen als schlecht ein – und sie malen auch für den weiteren Geschäftsverlauf ein schwarzes Bild: 22 Prozent gehen von einer weiteren Verschlechterung aus, 46 Prozent von einer gleichbleibenden Lage; nur knapp 17 Prozent erwarten eine Verbesserung.

Auch in den meisten anderen Weltregionen ist nach Einschätzung der Unternehmen keine schwungvolle Entwicklung absehbar, egal ob an nach Südamerika blickt, in den Nahen Osten, nach Nordafrika oder Subsahara-Afrika. Einzig und allein in Nordamerika lässt sich Dynamik entdecken: 86 Prozent der dort tätigen Unternehmen sind aktuell mit ihrer Lage zufrieden, knapp 25 Prozent erwarten sogar noch eine Verbesserung, nur 12 Prozent eine Verschlechterung. Getragen wird diese Entwicklung vor allem von den USA, aber auch Kanada weist noch einen positiven Saldo bei den Erwartungen für die nähere Zukunft auf.

Zwiespältig ist die Lage im Vereinigten Königreich: rund 56 Prozent der betroffenen Unternehmen verzeichnen hier aktuell mindestens zufriedenstellende Geschäfte, was eine leichte Verbesserung zum Vorjahr (48 Prozent) darstellt, als der Brexit gerade vollzogen war. 41 Prozent der Unternehmen erwarten allerdings eine Verschlechterung, während nur 6 Prozent von einer positiven Entwicklung ausgehen. Auffällig ist, dass sich der Brexit in der niedersächsischen Exportstatistik weit weniger niederschlägt als in der gesamtdeutschen: die Exporte in Richtung Großbritannien sind seit dem Jahr des Brexitreferendums 2016 sogar leicht gestiegen und das Vereinigte Königreich behauptet sich weiter unter den TOP-Exportmärkten (2022 Rang 4, gleichauf mit USA auf Rang 3) – im Gegensatz dazu ist die Bedeutung Großbritanniens für Gesamtdeutschland stark zurückgegangen (Minus 15 Prozent), dort ist das Land auf dem besten Weg, aus den TOP 10 zu fallen (seit 2016 von Platz 3 auf 8 abgerutscht).



### Geschäftsperspektive 2023 in den Weltregionen

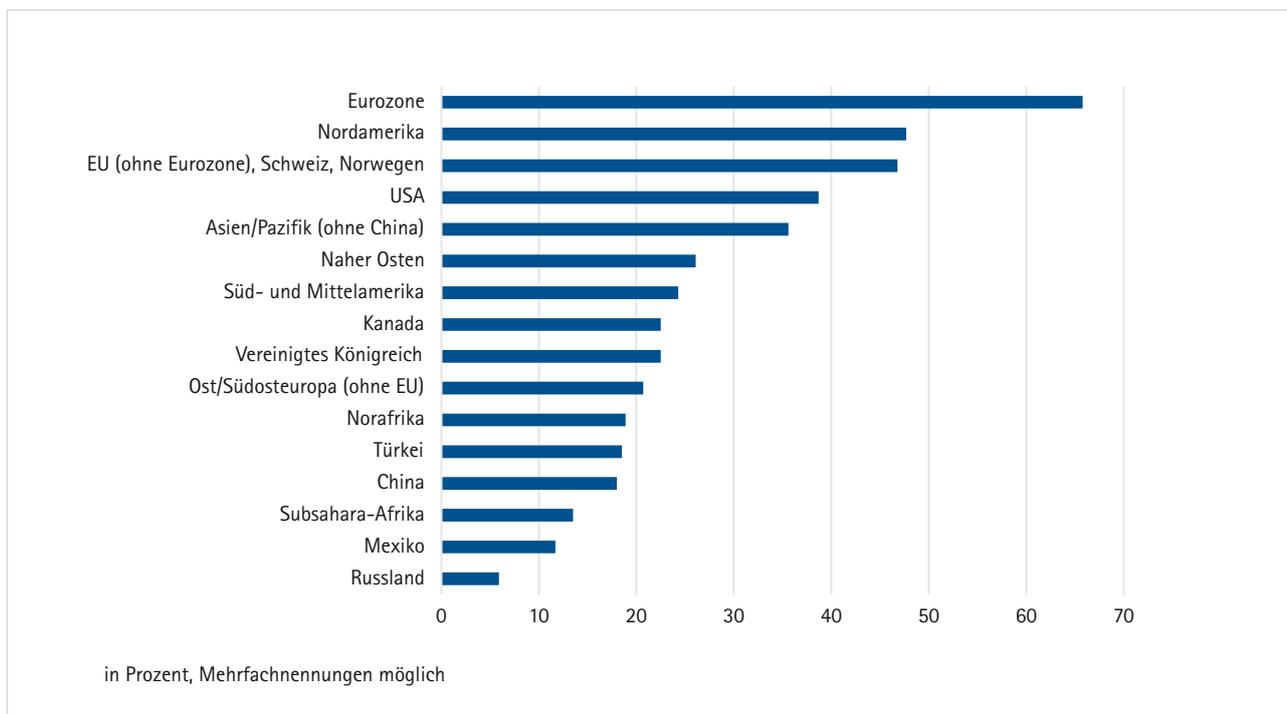
Quelle: Niedersachsen-Auswertung DIHK-Umfrage „Going International 2023“



# Mittelfristig gewinnen Europa und Nordamerika an Gewicht

Fokus Niedersachsen

Going International 2023



## Märkte, die mittelfristig für die Unternehmen wichtiger werden

Quelle: Niedersachsen-Auswertung DIHK-Umfrage „Going International 2023“

Besonders anschaulich zeigt sich der Wandel in den außenwirtschaftlichen Beziehungen bei der Frage, welche Märkte und Regionen für die Unternehmen mittelfristig wichtiger werden als derzeit. Diese Einschätzung ist relevant für die strategischen Investitionspläne der Unternehmen. 66 Prozent der Unternehmen sehen eine wachsende Bedeutung der Eurozone für ihr Geschäft; für 48 Prozent der Unternehmen wird in Zukunft Nordamerika wichtiger sein, gleichauf mit der Schweiz, Norwegen und der EU (ohne Eurozone).

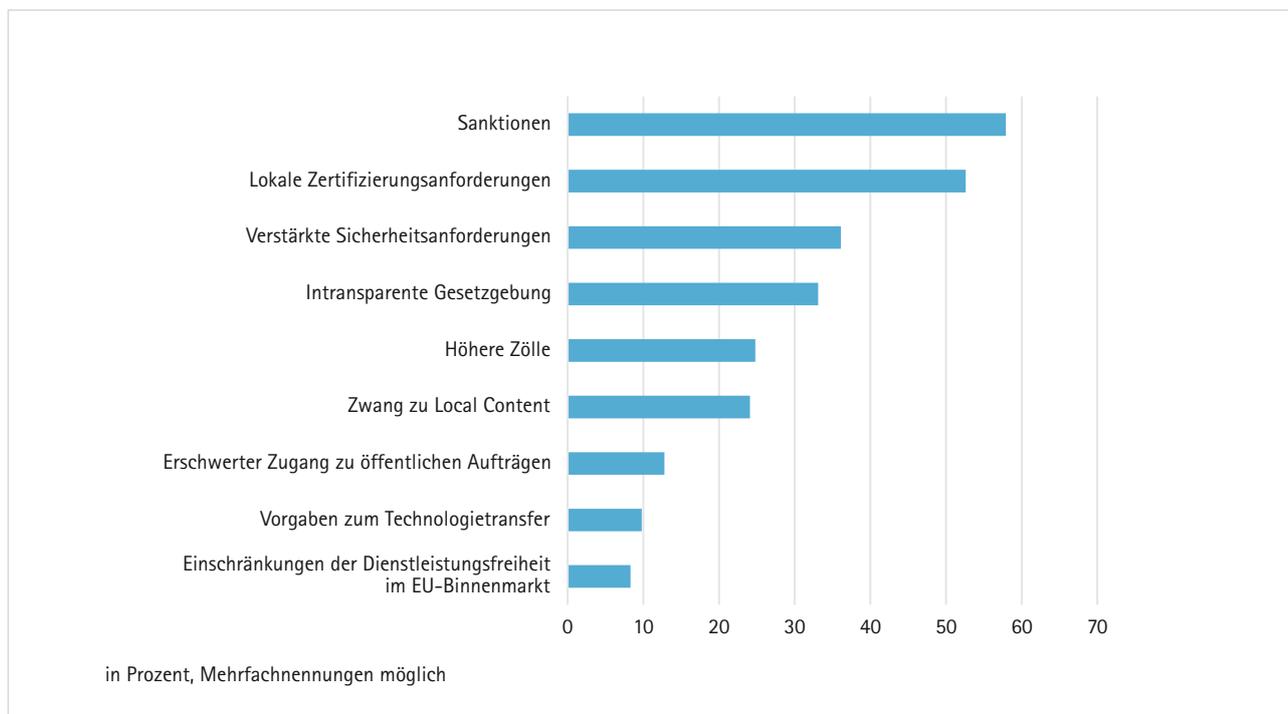
Auffällig ist hier die Entwicklung von China gegenüber den Nachbarländern: für die Region Asien/Pazifik (ohne China) gehen 36 Prozent der Unternehmen von einer steigenden Bedeutung aus, für China selbst nur halb so viele (18 Prozent). Diese mittelfristige Einschätzung zeigt sich derzeit schon in den Investitionsplänen der Unternehmen: es wollen nun deutlich mehr der auslandsaktiven Unternehmen in Asien/Pazifik außerhalb Chinas investieren (22 Prozent) als in China (10 Prozent). Auch bei den Außenhandelszahlen lässt sich die steigende Bedeutung insbesondere der ASEAN-Länder bereits ablesen: die niedersächsischen Importe vor allem aus Vietnam, Malaysia, Indonesien und Thailand stiegen im Jahr 2022 weit überdurchschnittlich an. Die von vielen Unternehmen eingeleitete Diversifizierung der Lieferketten beginnt sich hier schon niederzuschlagen.

## Maßnahmen der Unternehmen gegen die aktuellen geopolitischen Herausforderungen

Über 80 Prozent der befragten Unternehmen reagieren mit konkreten Maßnahmen auf die aktuellen Herausforderungen. Bei rund 58 Prozent der Unternehmen steht dabei die Erschließung neuer Märkte im Vordergrund; die Beweggründe sind vielfältig: einerseits werden neue Märkte für den Export erschlossen (51 Prozent), andererseits aber auch für den Import (14 Prozent) und für die Produktion (13 Prozent). Die zweite besonders oft genannte Maßnahme ist die Erhöhung der Lagerhaltung (40 Prozent). Naturgemäß sind Produktionsverlagerungen wegen des hohen Aufwands und der längeren Planungszeit nicht unter den am häufigsten genannten Maßnahmen. Dennoch zeigen die Zahlen auch hier, dass Verlagerungen stattfinden: 5 Prozent der Unternehmen holen Produktion aus dem Ausland nach Deutschland zurück. Sogar 8 Prozent verlagern Produktion aus Deutschland ins Ausland.



## Handelshemmnisse nehmen stark zu



### Zunahme an Handelshemmnissen

Quelle: Niedersachsen-Auswertung DIHK-Umfrage „Going International 2023“

61 Prozent der Unternehmen haben im Jahr 2022 eine Zunahme von Hemmnissen bei internationalen Geschäften gespürt – ein Rekordwert bei dieser Umfrage. Wenig überraschend in der aktuellen Lage werden Sanktionen bei den Hemmnissen an erster Stelle genannt (58 Prozent). Aber schon an zweiter Stelle folgt mit den lokalen Zertifizierungsanforderungen ein klassisches Instrument aus dem Baukasten des Protektionismus: von der chinesischen Registrierungspflicht für Hersteller von Lebensmitteln bis zur ägyptischen Import-Voranmeldung ("Advanced Cargo System") – solche Zertifizierungsanforderungen werden von Staaten bewusst eingeführt, um ausländische Produzenten zu benachteiligen. Ähnlich gelagert ist es meist bei den verstärkten Sicherheitsanforderungen, die von den Unternehmen bei den neuen Handelshemmnissen an dritter Stelle genannt werden (36 Prozent).

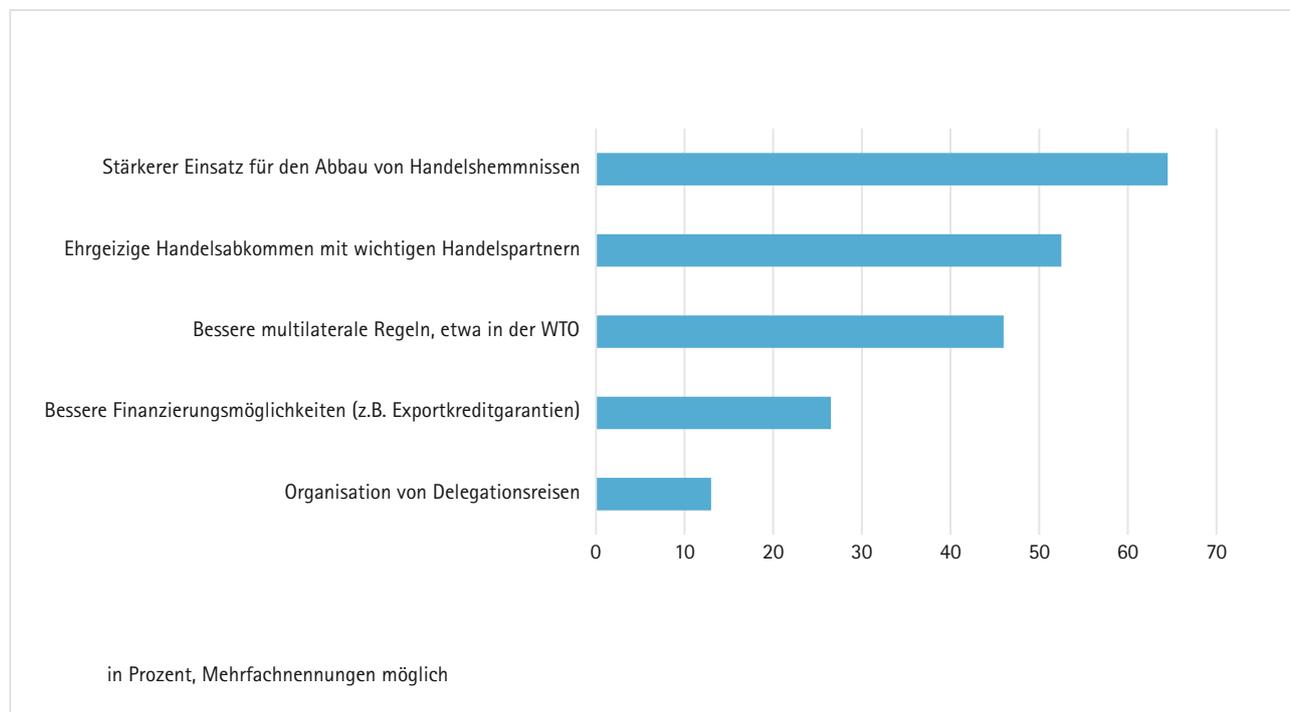
Bei dieser Frage waren auch Freitextantworten möglich. Diese zeigen die ganze Palette an Hürden, die den grenzüberschreitend tätigen Unternehmen in immer neuen Versionen in den Weg gestellt werden: neu erforderliche Gesundheitszeugnisse, Devisenbewirtschaftung im Zielland, Logistikeinschränkungen usw., und immer wieder: bürokratische Zusatzanforderungen.

Und nicht immer entstehen die Probleme im Ausland: immer wieder werden auch die langen Bearbeitungszeiten von Exportgenehmigungen durch das Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) als Hindernis genannt; Unternehmen klagen, dass sie fertiggestellte Maschinen nicht ausliefern können, weil die Genehmigungen des BAFA nicht rechtzeitig kommen – die Maschinen stehen dann auf dem Fabrikgelände oder in Lagern herum, werden vom Kunden vor der Auslieferung dann auch noch nicht komplett bezahlt; damit wird die Liquidität in den Unternehmen massiv beeinträchtigt.

Regional werden neue Hemmnisse natürlich zuvorderst in Russland (48%) wahrgenommen, wo die Sanktionen und Gegen-sanktionen einen großen Teil der Unternehmen zu einem Abbruch ihrer Tätigkeit gebracht haben. An zweiter Stelle genannt wird Großbritannien (41%), wo durch den Brexit zahlreiche Hürden neu entstanden sind (Zollbürokratie, tarifäre Hemmnisse, zum Teil schon von der EU abweichende Standards). Aber auch in China werden von gut einem Drittel der Unternehmen neue Hemmnisse wahrgenommen (34%).



## Was würde die Diversifizierung der Lieferketten erleichtern?



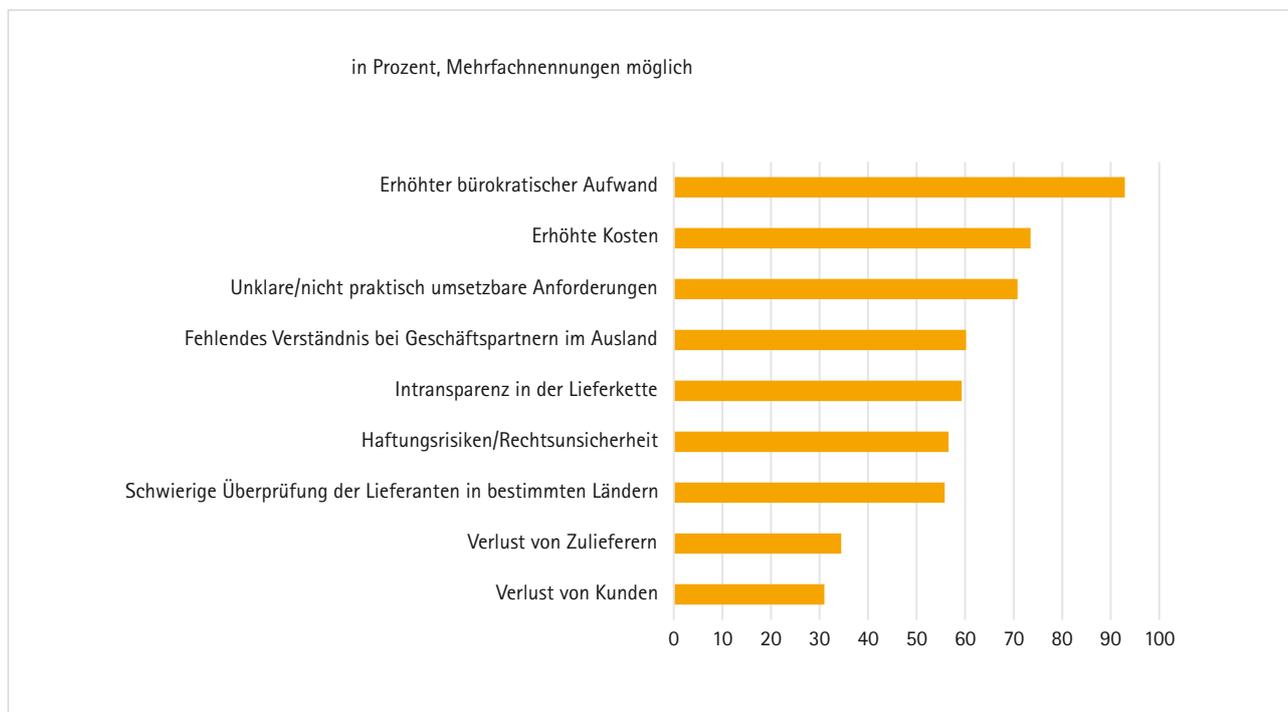
### Politische Maßnahmen, die eine Diversifizierung der Lieferketten erleichtern würden

Quelle: Niedersachsen-Auswertung DIHK-Umfrage „Going International 2023“

Bei der Diversifizierung ihrer Lieferketten rufen die Unternehmen nicht nach Fördermitteln. Eine gewisse staatliche Unterstützung durch den Ausbau von Exportkreditgarantien oder Investitionsgarantien wird zwar von 27 Prozent der Unternehmen angeregt. In erster Linie wünschen sich die Unternehmen aber einen stärkeren staatlichen Einsatz für den Abbau von Handelshemmnissen (65 Prozent), die Aushandlung von ehrgeizigen Handelsabkommen mit wichtigen Handelspartnern (53 Prozent) sowie bessere multilaterale Regeln unter dem Dach der Welthandelsorganisation WTO (46 Prozent). Mit anderen Worten: die Unternehmen wünschen sich einen Rahmen, in dem sie verlässlich agieren können. Und: sie wünschen sich einen besseren, anwendbareren Rahmen als bisher – das kam auch bei dieser Befragung wieder in den Freitextantworten heraus: die bisherigen Freihandelsabkommen sind für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) kaum anzuwenden, vor allem, weil jedes Abkommen anders funktioniert und immer wieder andere Voraussetzungen erfüllt werden müssen, um in den Genuss der Handelspräferenzen zu kommen – ein oft nicht zu leistender bürokratischer Aufwand.



# Probleme mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)



## Herausforderungen bei der Umsetzung des LkSG

Quelle: Niedersachsen-Auswertung DIHK-Umfrage „Going International 2023“

Mit erheblichem bürokratischem Aufwand ist auch das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) verbunden. Eigentlich gilt es derzeit nur für 1,8 Prozent der in der Umfrage befragten Unternehmen, nämlich diejenigen mit über 3000 Mitarbeitern. Dennoch ist rund die Hälfte (48 Prozent) der teilnehmenden Unternehmen im vergangenen Jahr bereits mit Anforderungen aus dem Gesetz konfrontiert worden: 40 Prozent von Auftraggebern bzw. Kunden, 11 Prozent von Lieferanten, 6 Prozent von Banken und Investoren und ebenfalls 6 Prozent von Versicherern und Logistikern.

An diesen Zahlen ist eindrucksvoll zu erkennen, dass die Pflicht zur Beachtung des LkSG von den Großunternehmen an die KMU durchgereicht wird und sich über kurz oder lang ein großer Teil der Unternehmen damit beschäftigen muss.

Bereits jetzt tun die Unternehmen viel, um die menschenrechts- und umweltbezogenen Risiken in der Lieferkette zu minimieren: 38 Prozent betreiben eine regelmäßige Risikoanalyse, 36 Prozent haben in ihren Lieferantenverträgen einen Verhaltenskodex, 31 Prozent schulen ihre Mitarbeiter entsprechend, 28 Prozent schauen verstärkt nach Zertifikaten bei Zulieferern. 10 Prozent der Unternehmen geben an, sie würden, um den Risiken zu begegnen, auch Geschäftsbeziehungen beenden oder sich aus Risikoländern zurückziehen.

Ob das aber reicht, um sich gesetzeskonform zu verhalten, ist ungewiss – zu vage bleibt das Gesetz darin, was konkret Schritt für Schritt getan werden muss. Mehr als die Hälfte der Unternehmen fühlt sich jedenfalls durch das Gesetz stark herausgefordert, auf vielen Ebenen: 93 Prozent der betroffenen Unternehmen beklagt den erhöhten bürokratischen Aufwand, 74 Prozent die insgesamt dadurch gestiegenen Kosten, 71 Prozent die unklaren oder nicht umsetzbaren Anforderungen.

Auch die Durchsetzung der Anforderungen in der Lieferkette stellt viele vor Probleme: 60 Prozent klagen über fehlendes Verständnis für die Anforderungen des LkSG bei ihren Geschäftspartnern im Ausland, 59 Prozent sehen die Lieferkette als intransparent an und 56 Prozent haben Probleme mit der Überprüfung von Lieferanten in bestimmten Ländern oder Regionen.



Die genannten Zahlen machen klar, dass die Unternehmen bei der Umsetzung des LkSG Unterstützung benötigen, denn das Gesetz ist viel zu vage darin, was konkret Schritt für Schritt getan werden muss, um mit ihm konform zu gehen. Konkret wünschen sich die Unternehmen Negativlisten (Black Lists) über Zulieferer (27 Prozent), Hilfe bei der Überprüfung von Zulieferern im Ausland (24 Prozent) oder Muster-Textbausteine für einen Code of Conduct (21 Prozent).



## Fazit:

Die massiven Herausforderungen, die seit drei Jahren den internationalen Handel getroffen haben, lösen umfassende Änderungsprozesse aus. Das ist für viele Unternehmen nach den schwierigen letzten Jahren ein Drahtseilakt, der volle Konzentration erfordert. Staatlicherseits sollte in dieser Situation das Hauptaugenmerk nicht auf neuen, aufwändigen Pflichten liegen, die in den Unternehmen Ressourcen binden, welche eigentlich für den Wandel benötigt werden. Vielmehr sollte der Staat sich stärker einsetzen für die Förderung des regelbasierten internationalen Handels durch neue und bessere Handelsabkommen und den Abbau von protektionistischen Maßnahmen.

Die Umfrage "Going International" wird jedes Jahr im Februar durchgeführt. Aus Niedersachsen haben sich in diesem Jahr 223 auslandsaktive Unternehmen beteiligt.

# Fokus Niedersachsen

Unser Blickpunkt auf die Wirtschaft

März 2023

Ihr Ansprechpartner:

Tilman Brunner  
Federführer International

## IHK Niedersachsen (IHKN)

Königstraße 19  
30175 Hannover

Telefon 0511 310 720 1

Telefon 0511 920 901 10

Fax 0511 920 901 11

E-Mail [brunner@hannover.ihk.de](mailto:brunner@hannover.ihk.de)  
[info@ihk-n.de](mailto:info@ihk-n.de)

Web [www.ihk-n.de](http://www.ihk-n.de)

Titelfoto: ©Urheber: Shutterstock / MAGNIFIER  
Seite 1: ©Urheber: Shutterstock / Petair  
Seite 7: ©Urheber: Shutterstock / 3rdtimeluckystudio

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der IHK Braunschweig, IHK Hannover, IHK Lüneburg-Wolfsburg, Oldenburgischen IHK, IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim, IHK für Ostfriesland und Papenburg sowie IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum. Sie vertritt rund 500.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Der Fokus Niedersachsen erscheint in regelmäßigen Abständen zu aktuellen Themen aus Wirtschaft und Politik und steht unter: [www.fokus-niedersachsen.de](http://www.fokus-niedersachsen.de) auch zum Download zur Verfügung.

Bitte beachten: Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Publikation auf die geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.





## IHK Niedersachsen (IHKN)

Königstraße 19  
30175 Hannover

Telefon 0511 920 901 10  
Fax 0511 920 901 11

E-Mail [noske@ihk-n.de](mailto:noske@ihk-n.de)  
[info@ihk-n.de](mailto:info@ihk-n.de)

Web [www.ihk-n.de](http://www.ihk-n.de)